

Ergebnis-/Beschluss-Protokoll

<p>2. Sitzung des Fachausschusses Soziales, Armutsprävention, Gesundheit des Beirates Huchting, am Dienstag, 23.01.2024, um 18:00 Uhr. im Sitzungszimmer, Ortsamt Huchting</p>
--

<u>Anwesend:</u>	Ortsamt	Herr Schlesselmann
	Fachausschuss	Frau Thasius, Frau Elisat (für Frau Wendt), Frau Radke, Frau Seifert (für Herrn Pascher), Herr Horn, Herr Otten
	entschuldigt	Herr Pascher, Herr Siepker
	Gäste	Frau Atli u. Frau Dobers (beide Landesvereinigung f. Gesundheit), Herr Greve (bras e.V., Sprinter), Frau Hasberg (Quartiermanagerin)

Die Sitzung wird um 18:02 Uhr mit der Begrüßung der Mitglieder des Fachausschusses, der Gäste, der Bürger:innen und der Presse via Zoom und Live-Stream via Facebook eröffnet. Die ordnungsgemäße Einladung wird einstimmig festgestellt. Der Ausschuss ist allerdings nicht beschlussfähig. Die Sitzung wird dennoch durchgeführt.

Die **Tagesordnung** wird wie folgt einstimmig festgestellt:

TOP 1 Gesundheitsfachkräfte für die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen; geladen Kristina Dobers u. Rümeyssa Atli (beide Landesvereinigung f. Gesundheit)

TOP 2 Sprinter - Sprach- und Integrationsmittler:innen Huchting; geladen Wilhelm Greve (bras e.V.)

TOP 3 Wohnumfeldsituation im Stadtteil

TOP 1 Gesundheitsfachkräfte für die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen (ReFap)

Frau Atli u. Frau Dobers stellen sich und ihre Aufgaben vor. Die dazugehörige Präsentation mit weiteren Informationen ist als Anlage beigefügt. Sie bieten Hilfestellung für Fachkräfte und Familien in Bezug auf die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Diese ist präventiv ausgelegt. Auf Nachfrage erklären sie, dass sie nicht nur Fachkräfte informieren, sondern auch unmittelbar Eltern zum Thema psychische Gesundheit beraten und für Kinder und Jugendlichen Gruppenangebote anbieten. Nachhaltigkeit, Wiederholung und Verstetigung sind elementare Handlungsansätze. Allerdings findet keine therapeutische Behandlung von Kindern und Jugendlichen statt. Für Eltern und Fachkräfte wurde ein Handout erstellt. Dies kann man über die ReFap bekommen. Frau Atli und Frau Dobers sind aktuell mit jeweils einer halben Stelle für den gesamten Bremer Süden zuständig. Da die Projektlaufzeit nach jetzigem Stand am 31.12.2024 endet, bittet der Fachausschuss um Erarbeitung eines Beschlussvorschlages zur Fortsetzung und Verstetigung des Projekts.

TOP 2 Sprinter - Sprach- und Integrationsmittlerinnen und –mittler Huchting

Herr Greve berichtet, dass die Sprinter seit 2015 in Huchting aktiv sind. Es handelt sich um eine Kooperation von der senatorischen Behörde für Soziales, dem Amt für soziale Dienste, dem Haus der Familie und bras e.V. Aufgrund der hohen Bedarfe an

Übersetzungsdienstleistungen wurden Menschen mit Migrationshintergrund und guten Sprachkenntnissen, Sprachniveau B1 oder B2, gesucht. Die meisten teilnehmenden Personen leben schon lange in Deutschland. Seit 2017 werden Langzeitarbeitslose im Rahmen sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse nach §§ 16 e und 16 i SGB II eingestellt. Die Teilnehmenden müssen ein Vorstellungsgespräch absolvieren. Sie werden anschließend beim Paritätischen Bildungswerk geschult und intern laufend fortgebildet.

Das Projekt lief zunächst in den Stadtteilen Huchting, Vahr, Vegesack an. Zwischenzeitlich sind die Standorte Walle/Gröpelingen, Mitte und Tenever hinzugekommen. Der Standort Huchting ist nicht nur für Huchting zuständig, sondern auch für die Neustadt, Teile von Mitte und Findorff bis Hastedt.

Hier am Standort Huchting sind zurzeit 20 Sprinter beschäftigt und es werden 15 Sprachen bedient. Der Schwerpunkt liegt bei Kurdisch und Arabisch. Persisch ist rückläufig, während Ukrainisch/Russisch kriegsbedingt deutlich zunimmt.

Die Aufträge zur Übersetzung und Begleitung von Personen kommen von den Übergangwohnheimen. Die Sprinter haben ein Dienst-Handy mit App, über welches die Begleitaufträge koordiniert werden.

Zwei Ziele hat dieses Projekt. Zum einen werden die Menschen geschult und an den Arbeitsmarkt herangeführt. So bietet sich die Möglichkeit als Übersetzer:in zu arbeiten, beispielsweise in Übergangwohnheimen oder es dient als Sprungbrett in andere Bereiche. Zum anderen erhalten Geflüchtete Unterstützung, Begleitung in verschiedenen Lebensbereichen wie Behördengänge, Besuche bei Ärztinnen und Ärzten, Krankenhaus etc.

Auf Nachfrage teilt er mit, dass die Kundinnen und Kunden unterschiedlich lang bei den Sprintern angedockt sind. Manche lernen sehr schnell Deutsch, insbesondere Kinder lernen in der Regel sehr schnell. Andere haben aber auch nach mehreren Jahren noch Sprach- bzw. Verständigungsschwierigkeiten. Insbesondere fällt es häufig älteren Menschen sehr schwer, Deutsch zu lernen.

Das Angebot ist für die Kundinnen und Kunden kostenfrei.

Unter anderem greifen Behörden und die Polizei gerne auf die Dienstleistungen der Sprinter zurück.

Die Sprinter leisten jedoch keine therapeutische Begleitung. Dies übernimmt in der Regel „Refugio“.

Die Frage, ob auch AGH-Stellen angeboten werden, verneint Herr Greve.

Am liebsten würden die Menschen bei den Sprintern bleiben. Gerade für Frauen ist dieses Projekt ein guter Einstieg ins Berufsleben. Außerdem kann man immer wieder feststellen, dass das Selbstbewusstsein der Menschen gestärkt wird.

Auf die Frage der Finanzierung antwortet Herr Greve, dass das Projekt von 2020 bis 2024 abgesichert ist. Es wird vom Sozialressort, Europäischem Sozialfonds und Job-Center getragen. Er weist darauf hin, dass zwar etwa 60 % der Dienstleistungen den Gesundheitsbereich betreffen, aber das Gesundheitsressort nicht an der Finanzierung beteiligt ist. Spenden spielen in der Finanzierung keine Rolle.

Herr Greve teilt mit, dass im Jahr 2022 insgesamt 18.395 Kontakte mit Hilfesuchenden, ca. 7.000 Bürobesuche durch Klientinnen und Klienten, ca. 4.000 Begleitungen und ca. 8.000 telefonische Beratungen erfolgt sind. Mit den Übergangwohnheimen gibt es Vereinbarungen, dass die Bewohnerinnen und Bewohner ihren Bedarf bei in den Einrichtungen anmelden und dort Hilfe erhalten. Sprinter werden auch immer wieder spontan von Übergangwohnheimen um Hilfe gebeten, wenn niemand zum Übersetzen vor Ort ist. Ins Büro kommen ausschließlich Privatpersonen, welche in ihrer eigenen Wohnungen leben.

Es werden nicht nur individuelle Beratungen durchgeführt, sondern auch Informationsveranstaltungen o.ä.

Ein Ausschussmitglied verweist auf den Übersetzungsservice der Performa Nord. Eine Kooperation wäre sinnvoll und wünschenswert.

Aus dem Ausschuss wird dafür plädiert, das Projekt institutionell zu fördern.

Da allen Beteiligten zum jetzigen Zeitpunkt keine Informationen über die Fortsetzung des Projektes über 2024 hinaus vorliegen, wird vereinbart, im Austausch zu bleiben und bei Bedarf das Thema auf die Tagesordnung zu nehmen.

TOP 3 Wohnumfeldsituation im Stadtteil

Frau Hasberg berichtet von dem Treffen von Akteuren in Sachen Wohnsituation Robinsbalje/Oldeog. Nach einem Ortstermin mit Wohnungsaufsicht und Gesundheitsamt wurde ein Gutachten erstellt und die LEG als Verwalterin der betreffenden Gebäude im Quartier zur Abstellung der Mängel aufgefordert. Man hat sich dann mit einer fünfzeiligen Antwort der LEG abspeisen lassen.

Das Thema Mängel ist dann erneut von MdBB Bithja Menzel über Staatsräte an die Wohnungsaufsicht beim Ordnungsamt eingesteuert worden. Daraufhin sollte eine gemeinsame Nachprüfung mit den Familien und der Wohnungsaufsicht stattfinden. Ob diese nun durchgeführt wurde ist nicht bekannt (*Protokollnotiz: Ende Januar hatte diese laut Herrn Jung von der Wohnungsaufsicht noch nicht stattgefunden*).

Außerdem soll am 24.01.2024 eine Informationsveranstaltung zum Thema Schimmel in der Wohnung im Bürger- und Sozialzentrum Huchting stattfinden. Da aber der Weg für viele Menschen aus dem betreffenden Quartier zu weit ist und möglichst viele Menschen erreicht werden sollen, wird eine weitere Veranstaltung im Quartiersbildungszentrum Robinsbalje geplant.

Ankommen im Quartier mit Mathis Wolf und Georg Henschel und das Haus der Familie stehen mit vielen Bewohnerinnen und Bewohnern in Kontakt und fungieren als Multiplikatoren.

Anschließend entwickelt sich eine Diskussion über die Frage, inwiefern die Vermietenden eine Schuld trifft. Es wird in diesem Zusammenhang an die nicht weitergeleiteten Stromentgelte erinnert, welche im vergangenen Jahr zu Stromsperrern geführt haben. Außerdem treten Probleme aufgrund der Bausubstanz auf.

Es wird deutlich gemacht, dass undichte Fenster, Rohrbrüche und damit verbundene Schimmelbildung an Innenwänden, nicht funktionierende Heizkörper oder das Vorhandensein der Nebenkostenabrechnungen definitiv in die Verantwortlichkeit der Vermietenden fallen.

Frau Hasberg erklärt, dass das Job-Center bei Leistungsempfängerinnen und –empfängern in Bezug auf Mietkürzungen passiv reagiert. Datenschutz spielt dabei eine Rolle.

Bei den Mietparteien herrscht häufig Zurückhaltung aus Angst vor einer Kündigung o.ä. (I don't want to have trouble).

Außerdem erhalten viele Menschen im Quartier ergänzende Leistungen, so dass eine Mietkürzung für die Betroffenen wenig hilfreich ist.

Ein weiteres Problem stellt der Streubesitz dar.

Für alle Akteure ist es schwierig, Kontakt zu den Verantwortlichen aufzunehmen. Es ist jedoch Bedingung, dass die Mietparteien sich zunächst an die Vermietenden wenden und zwar mehrmals. Erst danach wird die Wohnungsaufsicht tätig. Über die-

sen Weg kommt man auch an die Eigentümerinnen heran.

Das Ortsgesetz für die Wohnungsaufsicht ist ein scharfes Schwert und bietet viele Möglichkeiten, die Eigentümerinnen zu Maßnahmen anzuhalten oder zu zwingen.

Es wird festgestellt, dass die komplexen Probleme nicht in ein oder zwei Jahren gelöst werden können.

Frau Hasberg erklärt, dass ihre Kollegin in Tenever 7 Jahre gebraucht hat, bis ein Häuserblock verkauft wurde (Protokollnotiz: an die GEWOBA AG).

Als langfristiges Ziel wird ein Verkauf an ein städtisches Unternehmen festgestellt.

Es wird aus dem Ausschuss auf die laufenden Verfahren in Bremerhaven verwiesen, wo die LEG im Fokus steht und ein Anwalt versucht, den Bewohnerinnen und Bewohnern zu helfen.

Frau Hasberg gibt zu bedenken, dass es noch keinen ausreichend festen Kontakt zu den Quartierbewohner:innen gibt. Man sollte die Menschen mitnehmen und nicht zu schnell vorgehen insbesondere niemandem überfordern. Die Öffentlichkeit einzuschalten, wäre nach ihrer Einschätzung noch zu früh. Sie würde aber zu gegebener Zeit darauf zurückkommen.

Es wird vorgeschlagen, die LEG bzw. Eigentümerinnen in den Fachausschuss einzuladen. Auch die Wohnungsaufsicht sollte zu dem Thema geladen werden.

Zuvor sollten die Eigentümer:innenversammlungen besucht werden, um mit den Eigentümerinnen und Eigentümern in Kontakt zu kommen.

Es wird darauf hingewiesen, dass man zu Eigentümer:innenversammlungen geladen werden muss. Ansonsten wird man ausgeschlossen. Allenfalls könnte soweit die Bereitschaft besteht eine Eigentümerin Themen in die Eigentümer:innenversammlungen einbringen.

Herr Schlesselmann berichtet von einem ersten, sehr positiven Auftaktgespräch zur Verbesserung Aufenthaltsqualität im Bereich der Dreiecksfläche Robinsbalje Ecke Oldeoog (beim Parkdeck).

Das Thema wird im Ausschuss fortlaufend weiterverfolgt.

Ende der Sitzung: 19:55 Uhr

Herr Otten
Fachausschusssprecher

Herr Schlesselmann
Sitzungsleitung und Protokoll